

Niederschrift

über die 13. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in seiner 6. Wahlperiode am 31.10.2001 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Dr. Müller, Ulrich (Vertreten)	
Vertreterin Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar (Vertreten)	
Vertreter Danielewsky, Mike	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Liebe, Luda (Vertreten)	
Vertreter von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Holtermann, Werner	Verwaltung
Peters, Kurt	Verwaltung
Boldt, Günther Schriftführer	Verwaltung

Beginn der Sitzung 18:37 Uhr

Ende der Sitzung 19:28 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnissnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2001/0481 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung
- Ö 4. 2001/0446 Jugendwerkstatt der Stadt Monheim am Rhein:
- Einrichtung einer Maßnahme nach dem Europäischen Sozialfond (ESF)- und Landesprogramm "Qualifizierung und Beschäftigung"-
- Ö 5. 2001/0457 Pauschalierte Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG 2001)
- Ö 6. 2001/0441 Entgeltordnung der Musikschule
- Ö 7. 2001/0464 Entgeltordnung für die Volkshochschule der Stadt Monheim am Rhein
- Ö 8. 2001/0451 Nutzungsvertrag Beachvolleyballanlage
- Ö 9. 2001/0486 Unterbringung von Fund- und Verwahrtieren im Tierheim Hilden
- Ö 10. 2001/0463 Erstattung eines evtl. Fehlbetrages aus bestehenden Betriebskosten der Altentagesstätten der AWO
- Ö 0. Bürgerfragestunde
- Ö 11. 2001/0435 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe Berufsschulzweckverbandsumlage
- Ö 12. 2001/0475 Artikelsatzung zur Anpassung von Vorschriften der Stadt Monheim am Rhein an den Euro (Euro-Anpassungssatzung)
- Ö 13. 2001/0495 Dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NW
Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Vermögenshaushalt für die Astrid-Lindgren-Schule
- Ö 14. Mündliche Mitteilungen
- Ö 15. Mündliche Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

- NÖ 16. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 17. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil-
- NÖ 18. 2001/0482 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung
- NÖ 19. 2001/0407 Vertragsangelegenheit
- NÖ 20. 2001/0476 Auftragsvergabe
- NÖ 21. 2001/0406 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem § 60 Abs. 1 GO NRW
Vertragsangelegenheit
- NÖ 22. Mündliche Mitteilungen
- NÖ 23. Mündliche Anfragen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Dünchheim eröffnet die 13. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er weist sodann auf eine Ergänzung der Tagesordnung in der öffentlichen Sitzung um die Drucksache-Nr. 2001/0495 - Dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW "Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Vermögenshaushalt für die Astrid-Lindgren-Schule" hin. Er werde diese Vorlage unter dem laufenden Tagesordnungspunkt Ö 13 einordnen. Die folgenden Vorlagen würden dann eine Ziffer weiterrücken

Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

Ö 3. 2001/0481 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung zur Kenntnis.

**Ö 4. 2001/0446 Jugendwerkstatt der Stadt Monheim am Rhein:
- Einrichtung einer Maßnahme nach dem Europäischen
Sozialfond (ESF)- und Landesprogramm "Qualifizierung und
Beschäftigung"-**

Der Ausschuss beschließt:

Die Jugendwerkstatt wird beauftragt (vorbehaltlich der Bewilligung des Antrages auf Fördermittel), ab dem 15.12.2001 eine einjährige Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahme“ für jugendliche Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

**Ö 5. 2001/0457 Pauschalierte Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte
der Entwicklungszusammenarbeit nach dem
Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG 2001)**

Der Ausschuss beschließt:

Die zweckgebundene, pauschalierte Zuweisung gem. § 20 Gemeindefinanzierungsgesetz 2001 (GFE) in Höhe von 21.589,00 DM wird entsprechend dem Bewilligungsbescheid der Bezirksregierung vom 09.07.2001 und den vorliegenden Anträgen, zur Förderung der nachfolgenden Projekte eingesetzt:

Träger	Projekt	Betrag
Kath. Pfarramt St. Gereon (Anlage 1)	Projektpartnerschaft mit dem Ort Monteredondo in Kolumbien	4.397,25 DM
Evangelische Kirchengemeinde Monheim (Anlage 2)	Partnerschaft zu dem Lukajange Distrikt der Karagwe Diözese in Tansania	4.397,25 DM
Geschwister-Scholl-Schule (Anlage 3)	Patenschule in Brasilien	4.397,25 DM
Kath. Kirchengemeinde St. Dionysius (Anlage 4)	Unterstützung des „Marie Adelaide Leprosys Centre“ in Karatschi	4.368,00 DM
Stadt Monheim am Rhein	Maßnahmen der lokalen Agenda 21: Erstellung und Verteilung von Faltblättern, Referentenhonorare	4.000,00 DM

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 6. 2001/0441 Entgeltordnung der Musikschule

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Entgeltordnung der Musikschule wird in vorgelegter Fassung beschlossen. Die als Anlage 1 beigefügte Satzung ist Bestandteil des Beschlusses (die Änderungen sind fett gedruckt).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 7. 2001/0464 Entgeltordnung für die Volkshochschule der Stadt Monheim am Rhein

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Entgeltordnung für die Volkshochschule der Stadt Monheim am Rhein wird beschlossen. Die beigefügte Fassung ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 8. 2001/0451 Nutzungsvertrag Beachvolleyballanlage

Ratsherr Göbel zeigt Befangenheit an und nimmt im Zuhörerbereich Platz.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass man im Fachausschuss nicht gegen diese Beachvolleyballanlage selbst, sondern gegen den Standort gestimmt habe. Die SPD-Fraktion befürchte, dass eine weitere Lärmquelle auf dem Jahnsportplatz den ganzen Sportplatz gefährde, wenn massive Bürgerproteste kommen würden. Man sollte den Bürgern nicht noch mehr zumuten. Er beantrage daher, den Punkt heute von der Tagesordnung zu nehmen und gemeinsam einen anderen Standort zu suchen.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion bemerkt, er halte es nicht für richtig, die Lärmbelästigungen, die damals durch die Nutzung des Sportplatzes durch die Sharks eingetreten sind und zurecht die Bevölkerung dort aktiviert hat, zu vergleichen mit dem, was von einem Beachvolleyballfeld ausgeht. An dem Standort, wo das Volleyballfeld entstehen soll, sei auch schon früher Volleyball gespielt worden, ohne das sich Nachbarn jemals beschwert hätten. Da das Feld zudem in einer natürlichen Senke eingerichtet werden soll, wird durch den Wall der Lärm außerdem noch abgeschirmt. Man lasse den Verein nicht blind in ein gewisses Risiko laufen. Der Verein sei sich sehr wohl bewußt, dass er dort ein gewisses Risiko übernimmt und dieses auch trägt. Aus diesem Grunde und aus der Tatsache, dass Beachvolleyball eine Trendsportart ist, die man den Leuten unter Federführung des Vereins bieten möchte, werde man der Vorlage so zustimmen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man der Vorlage ebenfalls so zustimmen werde. Es gebe einerseits das Interesse der Vereine, sportliche oder kulturelle Aktivitäten in der Stadt und nicht irgendwo am Rande durchzuführen, und andererseits gebe es die Bürger, die sich dagegen wehren. Die Stadt sollte nicht schon im Vorhinein die Waffen strecken. Es sei Wunsch des Vereins, dort Beachvolleyball zu spielen. Die Stadt könne dafür Sorge tragen, dass der Wunsch des Vereins realisierbar werde. Ein gewisses Restrisiko sei

vertretbar, insbesondere auch wegen der fehlenden Alternativen. Man sollte ein Beachvolleyballfeld dort mit einem gewissen Restrisiko zulassen und auf die Vernunft der Bürger vertrauen.

Der Bürgermeister erklärt, dass er den Beschlussvorschlag gegenüber dem Vertagungsantrag der SPD-Fraktion für weitergehend halte. Er lasse daher über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss beschließt:

Dem Abschluss des Nutzungsvertrages in der vorliegenden Form wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, MBM/F.D.P., Grüne)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Ö 9. 2001/0486 Unterbringung von Fund- und Verwahrtieren im Tierheim Hilden

Ein Sprecher der SPD-Fraktion bemerkt, dass man die Arbeit des Vereins für ausgezeichnet halte. Man solle froh sein, dass man sich der Pflichten, die bei der Stadt liegen, auf diese Weise entledigen könne. Man habe in der Zwischenzeit auch mit dem Verein gesprochen und sich insbesondere die finanzielle Situation erläutern lassen. Die SPD-Fraktion beantrage, im § 3 des Vertrages im 2. Satz hinter den Worten "...von jährlich 5 sichergestellten Tieren" einzufügen "für maximal 20 Tage", um einem berechtigten Wunsch des Vereins nachzukommen. Nach den 20 Tagen erfolge dann, wie im nächsten Satz gesagt, eine Abrechnung der Kosten als Pensionstiere. Neben diesem konkreten Antrag werde man im Rahmen der Haushaltsplanberatungen den Punkt aufnehmen, sich an dem Sanierungsbedarf des Tierheimes zu beteiligen.

Der Vorsitzende der Fraktion MBM/F.D.P. erklärt, diesen Ausführungen uneingeschränkt zuzustimmen. Für die Vorlage der Verwaltung sei durchaus ein Lob angebracht. Hinweisen wolle er nochmals darauf, dass es sich bei der Aufnahme und Verwahrung von Fundtieren um eine originär gesetzliche Pflicht der Stadt handelt. Es sei daher sicherlich richtig, wenn die Beträge jetzt deutlich erhöht würden und auch eine Beteiligung an den Sanierungsmaßnahmen in Erwägung gezogen werde.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt aus, den SPD-Antrag zu unterstützen und der Vorlage so zuzustimmen. Ein Sprecher der CDU-Fraktion ist ebenfalls der Auffassung, die Ergänzung im Vertrag aufzunehmen und dem Vertrag dann so zuzustimmen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Tier- und Naturschutzverein Hilden e. V., Im Hock 7 in 40721 Hilden, den vorgelegten Vertrag über die Unterbringung von Fund- und Verwahrtieren im Meta-Kappel-Tierheim Hilden mit der Ergänzung in Ziffer 3 "für maximal 20 Tage" abzuschließen.

Der Vertrag ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 10. 2001/0463 Erstattung eines evtl. Fehlbetrages aus bestehenden Betriebskosten der Altentagesstätten der AWO

Die Verwaltung teilt mit, dass der Fachausschuss empfohlen habe, den 2. Absatz des Beschlussvorschlages wie folgt zu beschließen:

"Der nach der bisherigen Regelung übersteigende Betrag wird in den kommenden neun Jahren sukzessive abgebaut, und zwar im 1. Jahr um 20% und in den Folgejahren um je 10%".

Seitens der CDU- sowie SPD-Fraktion wird diese Regelung für richtig gehalten. Der Vorlage werde so zugestimmt.

Der Ausschuss beschließt:

Ab 01.01.2002 wird der Zuschuss für die Altentagesstätten der AWO (Luise-Schroeder-Haus und Gertrud-Borkott-Haus) in Höhe von 50 % der anerkannten Kosten gemäß der Förderrichtlinien des Kreissenioresplanes festgesetzt. Die Miete für das Gertrud-Borkott-Haus bleibt hiervon unberührt.

Der nach der bisherigen Regelung übersteigende Betrag wird in den kommenden neun Jahren sukzessive abgebaut; und zwar im 1. Jahr um 20 % und in den Folgejahren um je 10 %.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 0. Bürgerfragestunde

Beginn: 19.01 Uhr

Müllabfuhrgebührenbescheide

Ein Bürger führt aus, dass in der Ratssitzung am 4.10.01 auf Anfrage von der Verwaltung erklärt worden sei, die Bürgerinnen und Bürger könnten im Oktober mit den vorläufigen Bescheiden über die Gebühren für den zu verwiegenden Müll rechnen. Bis heute am 31.10.01 habe er keinen Bescheid erhalten. Er fragt, wann denn nun damit zu rechnen sei.

Der Kämmerer entgegnet, er gehe davon aus, dass die Bescheide am Freitag oder Samstag (2.11./3.11.) mit der Post zugestellt werden.

Ende: 19.03 Uhr

Ö 11. 2001/0435 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe Berufsschulzweckverbandsumlage

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Zu Gunsten der Haushaltsstelle 1.2400.7130.00 „Berufsschulzweckverbandsumlage“ wird einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 32.917,00 DM zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Ö 12. 2001/0475 Artikelsatzung zur Anpassung von Vorschriften der Stadt
Monheim am Rhein an den Euro (Euro-Anpassungssatzung)**

Von Sprechern der Fraktionen wird auf einige Ungereimtheiten in der Gegenüberstellung der Umrechnung der DM-Beträge in Euro-Beträge hingewiesen. Die Verwaltung erklärt, dass es sich um kalkulatorische Irrtümer bzw. um Rechenfehler handelt.

Die Verwaltung gibt den generellen Hinweis, dass auf Seite 3 bei der Aufzählung der einzelnen Satzungen und Verordnungen der Punkt 3 - Ordnungsbehördliche Verordnung - und auf Seite 4 der Artikel 3 - Ordnungsbehördliche Verordnung - zu streichen sind, da es hier rechtliche Bedenken gebe. Für die Ratssitzung sei eine neue Vorlage gefertigt worden. Mit der Umstellung auf den Euro werde im Hause selbst alles klappen, soweit das von der Verwaltung beeinflusst werden kann.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die im Entwurf als Anlage beigefügte Artikelsatzung zur Anpassung von Vorschriften der Stadt Monheim am Rhein an den Euro (Euro-Anpassungssatzung) wird mit den von der Verwaltung vorgetragenen Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

**Ö 13. 2001/0495 Dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NW
Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Vermögenshaushalt
für die Astrid-Lindgren-Schule**

Der Ausschuss fasst gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW folgende dringliche Entscheidung:

Im Vermögenshaushalt 2001 werden überplanmäßige Mittel bei der Haushaltsstelle 2.2100.9500.10.001 bereitgestellt. Zur Deckung werden aus dem Jahre 2000 übertragene Mittel der Haushaltsstelle 2.2700.9500.00.001 in Anspruch genommen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 14. Mündliche Mitteilungen

Es gibt keine mündlichen Mitteilungen.

Ö 15. Mündliche Anfragen

Ö 15.1 Mündliche Anfrage (Anregung) des Ratsherrn Bosbach (CDU); "Terminplan 2002"

Ratsherr Bosbach äußert, dass man in den Terminplan 2002 die VHS-Beiratstermine, die Termine des Aufsichtsrates der MVV, des Ausländerbeirates und möglichst auch die Kreistermine, von denen die städtischen Kreistagsabgeordneten betroffen sind, eingearbeitet haben möchte. Darüberhinaus werde der Vorschlag unterbreitet, die Ausschüsse aufgrund einer Anregung aus der Fraktion an ganz bestimmten Wochentagen tagen zu lassen, so dass man auch die private Planung danach ausrichten könne. Man rege aber an, dies in einem interfraktionellen Gespräch nochmals zu klären. Die ersten 4 Punkte verstehe man als Antrag.

Der Bürgermeister entgegnet, es dürfte kein Problem sein, interfraktionell die Sache zu besprechen. Die angesprochenen 4 Punkte würden aufgenommen.

Ö 15.2 Mündliche Anfragen des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Ratsherr Pruin; a) "Trägerschaft des Dorotheen-Heimes Hilden"

Ratsherr Pruin bezieht sich auf Presseberichterstattungen der WZ und der Rheinischen Post zur Trägerschaft des Dorotheen-Heimes in Hilden. Das Dorotheen-Heim habe bisher in dem Gebäude in Hilden erziehungsschwierige Kinder beschult. Seines Wissens bestehe ein hoher Anteil an Monheimer Schülern. Aufgrund der Berichterstattung wisse man, dass dort zum einen eine völlige Überlastung bestehe und zum anderen das Dorotheen-Heim die Trägerschaft aufgeben wolle. Das sei soweit ja auch geregelt, dass der Kreis die Trägerschaft übernehmen werde. Damit sei aber noch nicht klar, was mit der Überbelastung geschehe. Der Kreis suche hierzu eine Lösung. Er frage daher die Verwaltung, wie es dann wäre, wenn Monheim als Stadt sich aktiv darum bemühen und sondieren würde, ob nicht hier in der Stadt ein Standort für eine solche Schule angesiedelt werden könne, denn immerhin kämen die meisten Schüler aus Monheim.

Die Verwaltung entgegnet, es sei richtig, dass der Kreis die Trägerschaft übernehmen wird. Aus Monheim wären es 14 oder 15 Schüler, die dort beschult werden. Eine Unterbringung der Schule in Monheim sei eine grundsätzliche Frage, die in loser Form geprüft worden sei. So sei insbesondere zu klären, ob Gebäude vorhanden sind, die dem Kreis zur Errichtung einer solchen Schule angeboten werden können und ob die Stadt grundsätzlich gewillt sei, solch eine Schule für den Südbereich des Kreises zu errichten.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion führt aus, dass der Kreis daran interessiert sei, ein Gebäude, wie es bereits im Nordkreis existiere, auch im Südkreis zu errichten. Es gehe darum vielmehr um das Angebot eines Grundstückes. Der Kreis werde dieserhalb in Kürze an die Städte des Südkreises herantreten. Daher stelle sich die Frage, ob die Stadt Monheim am Rhein ein Grundstück habe, das sie anbieten könne.

Der Bürgermeister erklärt, die Sache aufzunehmen und abzuklären.

b) "PCB-Sanierung"

Ratsherr Pruin äußert, dass nach seiner Meinung die Frage nach der Verantwortung und den möglichen Versäumnissen in der Vergangenheit von der Verwaltung bisher nicht hinreichend zufriedenstellend beantwortet wurde. Er stelle daher heute erneut die Frage, ob hausintern geprüft wurde, ob nach den dienstrechtlichen Vorschriften alles beachtet worden ist bzw. ob

Verwaltungsbedienstete fahrlässig gehandelt haben. Diese Frage werde sicherlich auch noch die Bürgerinitiative unter Hinzuziehung eines Anwaltes stellen. Daher sollte die Verwaltung prüfen und abklären, was falsch gelaufen ist.

Der Bürgermeister entgegnet, dass nach Durchsicht der Akten ein Verschulden der Verwaltung nicht nachgewiesen werden kann. Er nehme aber die Anregung nochmals auf, intern Gespräche zu führen. Er sei allerdings gehalten, als Dienstherr bzw. Chef der Verwaltung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Schutz zu nehmen. Nur ein Verschulden wäre Voraussetzung für ein Dienstvergehen. Nach dem derzeitigen Aktenstand könne er ein Verschulden jedoch nicht bestätigen.

Ö 15.3

Mündliche Anfragen des Rats Herrn Klein (SPD);

a) "Ortseingangsschild Baumberger Chaussee"

Rats Herr Klein teilt mit, dass das Ortseingangsschild immer noch fehlt. Er fragt, wann das Schild angebracht wird, da die jetzige Situation die Autofahrer dazu verleiten würde, die 50 km/h Begrenzung zu missachten.

Die Verwaltung entgegnet, dass das Schild entwendet worden sei. Ein neues Schild sei bestellt. Man warte täglich auf die Lieferung.

b) "Kreisverkehr Baumberger Chaussee"

Rats Herr Klein fragt, ob es möglich sei, an diesem Kreisverkehr irgendein Zeichen zu setzen, das die Autofahrer dazu bewegt zu blinken, wenn sie abbiegen. Er bittet die Verwaltung, dies zu prüfen.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die Straßenverkehrsordnung an der Stelle eine eindeutige Regelung treffe. Es sei auch kein Schild bekannt, das darauf hinweise, das Blinklicht einzusetzen.